



Dringliches Postulat 347

Eingang Stadtkanzlei: 30. Mai 2016

Verantwortungsvolles Vorgehen und transparente Kommunikation im Rahmen des Projekts „Reorganisation Stadtverwaltung“

Im Herbst 2015 startete das Projekt „Reorganisation Stadtverwaltung“. Dabei soll die Organisation der Stadtverwaltung gesamthaft überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Geprüft werden sollen unterschiedliche Modelle, unter anderem das Modell einer „Präsidialdirektion“ (1 Präsidialdirektion, 4 Fachdirektionen) und das Modell von „Fachdirektionen“ (5 Fachdirektionen, Namensänderungen der Direktionen möglich). Ein Ziel des Projekts ist unter anderem die gleichmässige Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen in den einzelnen Direktionen. Unter anderem setzt der Stadtrat im Rahmen des Projekts eine politische Begleitgruppe ein, in welcher pro Fraktion des Grossen Stadtrates zwei Mitglieder Einsitz nehmen. Die politische Begleitgruppe wurde bislang einmal informiert. Gemäss den Projektprinzipien werden die politischen Entscheidungsgremien (dazu zählt nebst der politischen Begleitgruppe auch das städtische Parlament) sowie die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung stufengerecht in das Projekt einbezogen und adäquat über den Fortschritt des Projekts informiert.

Aus den Medien konnte entnommen werden, dass die Person, die das Stadtpräsidium einnimmt, ab 2018 nicht mehr gleichzeitig Finanzdirektor/in sein kann (vgl. Berichterstattung der NLZ vom 27. Mai 2016).

Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen fordert den Stadtrat auf, sich im Rahmen des Projekts „Reorganisation Stadtverwaltung“ ab sofort an die kommunizierten Projektprinzipien zu halten. Insbesondere wird der Gesamtstadtrat gebeten,

- die politischen Entscheidungsgremien, namentlich den Grossen Stadtrat von Luzern und die eingesetzte politische Begleitgruppe, regelmässig über die Projektfortschritte zu informieren,
- alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung adäquat in das Projekt einzubeziehen,
- die weiteren Projektphasen im weiteren Verlauf transparent und verantwortungsvoll umzusetzen.

Weiter wird der Stadtrat aufgefordert, ein Kommunikationskonzept vorzulegen, in welchem dargelegt wird, welche Akteure zu welchem Zeitpunkt über den Stand des Projekts „Reorganisation Stadtverwaltung“ informiert werden. Sollte kein solches Konzept bestehen, wird der Stadtrat gebeten, die Erarbeitung eines solchen Konzeptes zu prüfen.

Noëlle Bucher, Ali R. Celik, Urban Frye und Christian Hochstrasser
namens der G/JG-Fraktion